WIR IN... GUMMERSBACH SPD

Liebe Einwohner und Einwohnerinnen von Dieringhausen und Lobscheid,

wie bereits in den vergangenen Jahren möchte ich sie als Ihre Stadtverordnete mit dem Bürgerbrief in der Sommerpause des Stadtrates über die Schwerpunkte meiner Arbeit als Mitglied der SPD-Fraktion in den vergangenen Monaten auf dem Laufenden halten.

In meinem letzten Bürgerbrief im Sommer 2018 informierte ich Sie darüber, dass das inzwischen geschlossene Theater auch mit den Stimmen der SPD als Projekt für die sogenannte Regionale 2025 angemeldet wurde. Dieses Programm könnte der Stadt Gummersbach unter bestimmten Voraussetzungen die Perspektive eröffnen, mit großer finanzieller Unterstützung des Landes das Theater wiederzubeleben. Die Arbeit einer ins Leben gerufenen Lenkungsgruppe hat die SPD Gummersbach wesentlich mitgestaltet. In der letzten Ratssitzung wurde das Konzept vorgelegt.

Für uns stand dabei fest, dass drei Bedingungen für die Wiederaufnahme des Theaterbetriebes erfüllt werden müssen. Erstens ein überzeugendes inhaltliches Konzept, das mehr Besucher nach Gummersbach lockt. Zweitens eine gesicherte und dauerhafte Finanzierung der Betriebskosten (die nicht nur von den Gummersbacherinnen und Gummersbachern getragen werden darf). Drittens eine zuverlässige Sanierung, deren Kosten ganz wesentlich vom Land NRW mitgetragen werden muss. Das neue Theaterkonzept geht dabei von 500 bis 600 Sitzplätzen aus.

In dem Konzept werden auch klare Aussagen für die zukünftigen Betriebskosten getroffen.

Dies ist ein wesentlicher Knackpunkt. Das Konzept geht von mindestens **2 Millionen Euro pro Jahr** aus, eine Vervierfachung gegenüber dem alten Theater. Eine solche Summe kann von Gummersbach alleine nicht gestemmt werden. Die höhere Belastung für alle Gummersbacherinnen und Gummersbacher wäre aus meiner Sicht nicht vertretbar.

Hinzu kommen noch die Abschreibungen, deren Höhe noch nicht bekannt ist, da die genauen Sanierungskosten noch gar nicht feststehen. Ich bin jedoch der festen Überzeugung und mit mir meine Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion, dass die Betriebskosten, und hier spielen die Abschreibungen (zeitliche Schiene) eine entscheidende Rolle, im Wesentlichen von den Abgabepflichtigen aufgebracht werden müssen. **Diese Kosten dürfen nicht auf unserer Kinder und Enkelkinder verlagert werden.** Deshalb brauchen wir Partner (Sponsoren), die sich an den Kosten beteiligen. Dazu gehört nach meiner Meinung vor allen Dingen der Oberbergische Kreis, da das neue Theater ein Theater für die Region werden soll. Zusagen für eine solche Beteiligung wurden bisher noch nicht gegeben und auch der ehrenamtlich geführte Förderverein muss noch Gelegenheit haben, Spendengelder für den Weiterbetrieb des Theaters zu sammeln. Hier gibt es bei anderen Theatern gute Vorbilder mit erheblichem finanziellem Engagement aus der Bürgerschaft, was auch bei einer öffentlichen Förderung gefordert wird und das über einen längeren Zeitraum. Wegen dieser Finanzierungslücke und weil das Sanierungskonzept noch aussteht, hat die SPD große Bedenken hinsichtlich dieses für unsere Stadt gewaltigen Vorhabens. Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, haben wir in der letzten Ratssitzung zugestimmt, die Bemühungen für ein neues Theater fortzusetzen. Ob es am Ende gelingt, bleibt fraglich.

Seit längerer Zeit gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen die große Diskussion um die Anliegerkosten bei Straßenbaumaßnahmen. Ein ganz wichtiges Thema in unser aller Wohnumfeld, da hier altersbedingt bei so mancher Straße eine Sanierung ansteht. Neben den normalen Abgaben kann es zusätzlich zu sehr hohen finanziellen Belastungen für die Anlieger führen. Betroffen sind alle, Eigentümer und Mieter. Ich bin überzeugt, dass das bisherige Abrechnungssystem ungerecht ist. Es kann doch nicht sein, dass bei kommunalen Straßen der größte Teil der Finanzierung auf den Schultern der Anwohner lastet. Straßen stehen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Daher sollen auch die Kosten auf alle verteilt werden und das Land NRW die Finanzierung tragen. Deshalb hat die SPD in der Ratssitzung am 26.02.2019 die Verwaltung in einem Antrag aufgefordert, das Land NRW zur Kostenübernahme zu bewegen. Leider waren die anderen Fraktionen nicht bereit, ein solch deutliches Signal zur Entlastung der betroffenen Anlieger zu geben und haben den Antrag abgelehnt. Auch im Landtag wird diese Thematik seit längerem heftig diskutiert. Die SPD-Landtagsfraktion war schon im Dezember 2018 aktiv geworden und hatte die vollständige Kostenübernahme durch das Land gefordert. Mittlerweile konnte auch die CDU/FDP-geführte Landesregierung dem Druck nicht mehr standhalten und hat vor wenigen Wochen endlich einen eigenen Vorschlag unterbreitet. Dieser sieht eine Beteiligung des Landes in Höhe von 65 Mio. € vor. Es ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch letztlich handelt es sich um ein halbherziges Modell. Es wird keine einheitliche Lösung in NRW geben. Die Verantwortung wird weiterhin den Kommunen aufgebürdet. Neue Unsicherheiten und zusätzliche Bürokratie entstehen. Im Herbst 2019 soll der Landtag entscheiden. Ich werde mich weiter für eine bürgerfreundliche Lösung einsetzen, zumal der Bund der Steuerzahler ähnlich argumentiert und sich ebenfalls für eine Gesetzesänderung stark macht.

Der Klimawandel macht auch vor Gummersbach nicht halt. Es gibt viele Initiativen, die sich dieses dringlichen und existentiellen Themas annehmen. Bereits im April 2019 haben wir im Hauptausschuss beantragt, alle technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Fuhrpark der Stadt Gummersbach und der Stadtwerke auf umweltfreundliche Antriebe umzustellen. Dieser Antrag stieß auf Gehör und vor wenigen Wochen gab es im Ratssaal eine große Informationsveranstaltung zum Thema „Nachhaltige Mobilität in Gummersbach“. Die Verwaltung wird hier weiter berichten. Das existentielle Thema des Klimaschutzes wird in der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung für Gummersbach weiter vertieft und ich plädiere für einen parteiübergreifenden Konsens.

Ein entscheidender Punkt ist für Gummersbach aber auch, dass der Stadtteil Dieringhausen ein sog. Mobilitätsstandort ist. Mir ist nicht klar, wie die Belange der Bürgerinnen und Bürger, aber auch die der Vereine berücksichtigt werden sollen.

Der Großraum Dieringhausen wird derzeit von neun Ratsvertreterinnen und Ratsvertretern, aus den vier Fraktionen repräsentiert. Nach der Sommerpause ist geplant, untereinander Kontakt aufzunehmen, um auszuloten, was für Dieringhausen wichtig und machbar ist. Für Anregungen bin ich ihnen dankbar. Nutzen Sie dafür die angegebenen Kontaktdaten.

Es gibt noch viel mehr Themen, mit denen ich mich im Stadtrat beschäftigt habe. Kommunalpolitik ist sehr vielschichtig. Aber es fehlt der Platz, um über alles zu berichten. Ich hoffe, dass dieser aktuelle Bürgerbrief für Sie informativ ist und wünschen Ihnen noch schöne Sommertage.

Ihr Stadtverordnete

Silvia Weiss

SILVIA WEISS

Hermann-Kind-Straße 2 • 51645 Gummersbach
Tel: 0 22 61 - 7 44 88
silvia.weiss@spd-gummersbach.de
www.spd-gummersbach.de facebook.com/spdgm